

DER KAMPF UM DIE SIEBEN MEERENGEN

Oskar Weggel

Maritime Hegemonie ist aus chinesischer Sicht ein Teilziel des Ringens der beiden Supermächte um die Weltherrschaft.

Theoretisch gibt es für Moskau vier eng miteinander verbundene Wege, um der erstrebten maritimen Hegemonie näherzukommen, nämlich

- die Kontrolle der Ozeane, vor allem der Meerengen
- den verstärkten Ausbau der Kriegsmarine
- den forcierten Aufbau einer Friedensmarine, die in ruinöse Konkurrenz mit Schiffahrtsgesellschaften anderer Länder tritt und
- den Kampf um günstige Ausgangsbedingungen für ein neues Seerecht.

Punkt 4 ist vom Autor bereits an anderer Stelle behandelt worden (1).

Auch der Ausbau der sowjetischen Kriegsmarine ist hier nicht näher zu erläutern. Angaben zur Zahl der Einheiten sowie zur Dislozierung sind in den jährlichen Ausgaben des Military Balance Sheet des Londoner Instituts für Strategische Studien kontinuierlich aufgeführt.

Verbleiben für die vorliegende Untersuchung zwei Aspekte, die von China immer wieder angediskutiert werden, nämlich das sowjetische Streben nach Beherrschung der Meerengen sowie die aggressive Handelspolitik der sowjetischen Friedensmarine.

A) Das Ringen um die Meerengen:

Als Ausgangspunkt sollen hier zwei chinesische Aussagen dienen, die im Abstand von fünf Jahren publiziert wurden. 1972 (2) ging Peking davon aus, daß die "neuen Zaren" ihre Häfen am Schwarzen Meer und in Fernost miteinander verbinden wollten, indem sie eine "bogenförmige Seeroute" installierten, die drei Erdteile (Europa, Afrika und Asien) miteinander verklammern, die außerdem durch fünf Meere (Schwarzes Meer, Mittelmeer, Rotes Meer, Indischer Ozean, westlicher Pazifik und Japanisches Meer) führen und durch Marinebasen sowie durch ein anti-chinesisches "kollektives Sicherheitssystem in Asien" flankiert sein sollen. Als Ergebnis der Verwirklichung dieses Planes erhoffte sich Moskau die "Hegemonie zur See".

Nach der Darstellung von 1977 ist Moskau "dabei, eine Blockadelinie aufzubauen, die sich von der Ostsee zum Atlantik und vom Schwarzen Meer durch das Mittelmeer und den Indischen Ozean zum Pazifik erstreckt, so daß die Sowjets, wenn sie die Zeit für gekommen halten, die Seewege nach den USA und Europa abschneiden und die Lebensadern der Vereinigten Staaten und Westeuropas abschnüren können, um diese so zu isolieren, zu spalten, einzukreisen und einen nach dem anderen zu schlagen" (3).

Was den erwähnten Vorschlag eines "kollektiven Sicherheitssystems in Asien" anbelangt, wie er 1969 von Breschnew erstmals ventiliert wurde, so stellt ihn Peking in Zusammenhang mit den sowjetischen Ambitionen in Süd-, vor allem aber Südostasien.

Als die TASS in einem Kommentar vom 21. Juli 1975 die "Europäische Sicherheitskonferenz" als ein "Beispiel für andere Weltteile, einschließlich Asiens" bezeichnete und in diesem Zusammenhang den von der ASEAN vorgebrachten Vorschlag für eine Neutralisierung Südostasiens als eine dem sowjetischen Plan adäquate Vorstellung bezeichnete, konterte Peking (4) mit dem Hinweis, daß die Neutralisierung Südostasiens und das "Kollektive Sicherheitssystem in Asien" (KSA) zwei einander diametral entgegengesetzte Ideen seien. Bei dem Neutralisierungsvorschlag von 1971 gehe es darum, ganz Südostasien zu einer von Großmachtrivalitäten freien Region zu machen, ausländischen Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der Region ein Ende zu setzen und ein neues Südostasien aufzubauen, das keiner ausländischen Herrschaft mehr unterliegt. Ein neutralisiertes Südostasien sei, m.a.W., eines der Instrumente des "gerechten Kampfes gegen den Hegemonismus und die Machtpolitik der Supermächte". Das im Geiste des "Breschnewismus" entworfene "Kollektive Sicherheitssystem" dagegen leiste gerade jener Expansionspolitik Vorschub, die die ASEAN-Staaten verhindert sehen wollten. Das System ziele darauf ab, die asiatischen Länder untereinander zu spalten und die kleinen und mittelgroßen Länder Asiens in ihre Einflußsphäre zu ziehen. Letztlich betrachtet China, ohne daß dies ausdrücklich hervorgehoben wurde, das KSA als gegen sich selbst gerichtet. Das "System" gilt, m.a.W., als eine Art Dominotheorie mit umgekehrten Vorzeichen, insofern Moskau nämlich

versuche, einen asiatischen Staat nach dem anderen für sich zu gewinnen und gleichzeitig gegen China einzunehmen.

Peking wirft den Sowjets vor, daß sie seit dem Waffenstillstand in Vietnam ihre Expansion durch eine "Diplomatie der Einladungen" und Entsendung zahlreicher hoher Beamter nach Südostasien intensiviert hätten und mit dem sog. "asiatischen kollektiven Sicherheitssystem hausieren gegangen" seien (5).

Neuerdings wendet Peking seinen Blick einem Bereich zu, der mit dem Konzept der "bogenförmigen Seeroute" sowie mit dem USA-Plan eng zusammenhängt, nämlich den Meerengen

Insgesamt sind es sieben strategisch bedeutsame Meerengen, die nach chinesischer Ansicht im Brennpunkt der amerikanisch-sowjetischen Auseinandersetzungen um die maritime Hegemonie stehen (vgl. Karte I).

Drei davon liegen in Europa, das, strategisch gesehen, der Brennpunkt des "sowjetischen Kampfes um die Weltherrschaft" ist; zwei weitere liegen im Indischen Ozean, wo die sowjetisch-amerikanische Rivalität ebenfalls letztlich auf Europa gerichtet ist, und schließlich liegen zwei Meerengen in der pazifischen Region.

In Europa verfolgt die Sowjetunion das Ziel, ihren drei Flotten, nämlich der Schwarzmeer-, der Nord- und der Ostseeflotte sowie ihrer Flotille im Mittelmeer sichere Durchgänge zu verschaffen, und zwar von den nordeuropäischen Gewässern zum Nordatlantik, bzw. vom Schwarzen Meer durch das Mittelmeer zum Atlantik. Dadurch soll Westeuropa letztlich in einer Zangenbewegung eingekreist werden (6).

1. Meerengen Ostsee/Nordsee: Kattegat, Großer Belt, Kleiner Belt und Sund (vgl. Karte II/1)

Im Bereich dieser vier Passagen zwischen Schweden und Dänemark befinden sich ständige sowjetische Patrouillen-Streitkräfte. Auch führt Moskau von Zeit zu Zeit dort Manöver der Marineinfanterie durch, bei denen die Eroberung der Ostseeausgänge geübt wird. Im April 1975 durchfuhr im Rahmen des Seemanövers "Ozean 75" die Ostseeflotte zum erstenmal in geballten Formationen die Meerengen bei Dänemark und vereinigte sich in der Nähe der Azoren mit dem Mittelmeergeschwader, um sodann auf die im Atlantik operierende sowjetische Nordflotte zu stoßen.

2. Meerenge Schwarzmeer/Mittelmeer: Bosphorus und Dardanellen (vgl. Karte II/2)

Während in den frühen 60er Jahren hier jährlich nur etwa 30 sowjetische Kriegsschiffe patrouillierten, ist die Zahl der passierenden Schiffe auf nunmehr ungefähr 430 jährlich angewachsen. Auch die "Kiew", der erste sowjetische Flugzeugträger, dampfte durch die zwei Meeresstraßen, vom Schwarzen Meer kommend, zum Mittelmeer und dann zum Atlantik.

3. Meerenge Mittelmeer/Atlantik: Gibraltar (vgl. Karte II/3)

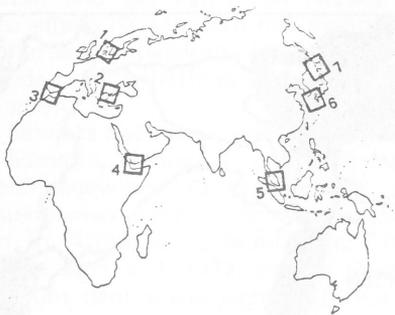
Nicht zuletzt im Hinblick auf Gibraltar ist die Mittelmeerflotille der Sowjetunion auf 50 Schiffe angestiegen und wurde manchmal bis zu einer Zahl von 90 Stück vermehrt.

Peking sieht auch die Vorgänge im Portugal des Jahres 1975 im Lichte des sowjetischen Kampfes um Gibraltar. Dort hatte die Sowjetunion den Pro-Moskau-Kräften "finanzielle Rückenstärkung für eine bewaffnete Revolte mit der Absicht gegeben, das Land in ihre Einflußsphäre zu bringen". Nachdem dieser Plan gescheitert war, nutzte sie "die seit dem Tode Francos labile politische Lage in Spanien, um ihre Infiltration in diesem Gebiet zu verstärken und den amerikanischen Einfluß zu unterhöhlen. All diese Manöver stehen in Zusammenhang mit der Absicht, Gibraltar unter ihre Kontrolle zu bringen" (7).

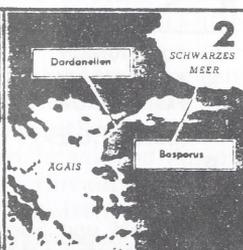
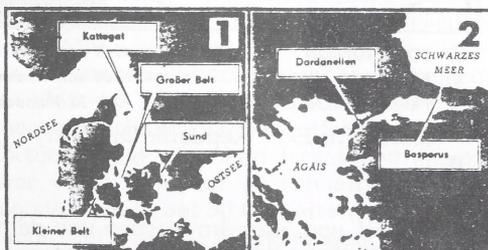
In der Tat wäre eine Oberherrschaft im Mittelmeer höchst erstrebenswert. Das Meer, zwischen Europa, Asien und Afrika gelegen, 2,5 Mio. qkm groß und von 17 Anliegerländern flankiert, dient als wichtiger Verbindungsweg zwischen Atlantik und Indischem Ozean.

Wegen seiner strategischen Bedeutung war das Meer immer schon ein Objekt des Ringens: Die Phönizier, die Römer, die Venezianer und schließlich - vom 18. Jhdt. an - die Engländer hatten nacheinan-

Karte I



Karte II



der eine hegemoniale Position in diesem Bereich erkämpft. Nach dem Zweiten Weltkrieg errangen die USA mit Hilfe ihrer 6.Flotte die Oberherrschaft.

Das Kuba-Desaster von 1962, bei dem die Sowjetunion unter Gesichtsverlust ihre Bestrebungen aufgeben mußte, Raketen auf Kuba zu stationieren, hatte bei der Moskauer Führung den Wunsch ausgelöst, nun auch auf den Meeren stärker präsent zu sein. Der eigentliche Anlaß, diese Präsenz auch im Mittelmeer zu zeigen, war der 6-Tage-Krieg im Juni 1967. Bis dahin hatte die Sowjetunion nur etwa ein Dutzend Kriegsschiffe im Mittelmeer stationiert, heute sind es regelmäßig zwischen 50 und 60, deren Zahl, wie oben erwähnt, manchmal sogar auf 90 ansteigt. Zahlmäßig liegen diese Werte schon über den Einheiten der 6.US-Flotte. Die sowjetische Sonderflotte im Mittelmeer, zu der auch ein Hubschrauberträger sowie Raketenkreuzer, raketenbestückte Zerstörer und U-Boote gehören, ist eine Seestreitmacht aller Waffengattungen.

Die 6.US-Flotte bestand ursprünglich aus 45 Kriegsschiffen und 200 Flugzeugen sowie insgesamt 25.000 Mann. 1971 entsandten die Vereinigten Staaten jedoch angesichts der zunehmenden Flottenstärke der Sowjetunion einen weiteren Hubschrauberträger und acht U-Boot-Abwehr-Schiffe, um die Stärke der 6.Flotte zu erhöhen. Am 1.Januar 1972 wurde die 6.Flotte ferner dem europäischen Kommando der NATO unterstellt.

China geht davon aus, daß eine Lösung der anstehenden Probleme nur durch eine Gemeinsamkeit der Europäer erreicht werden könne. Dabei dürften sich die einzelnen Staaten nicht durch die "Doppeltaktik" der Sowjetunion täuschen lassen, die einerseits aus Entspannung und Zusammenarbeit bestehe, andererseits aber nicht von dem Ziele der Hegemonisierung des Mittelmeerraums ablasse. Schritte zu einer Konsolidierung der Europäischen Gemeinschaft, die den Expansionsbestrebungen Moskaus entgegenwirkten, sind aus chinesischer Sicht u.a. das am 17.Dezember 1976 zwischen Italien und Jugoslawien abgeschlossene Abkommen über die Lösung der Triest-Frage, einem Relikt aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg (8).

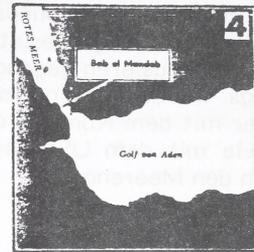
Als weiteres Beispiel eines im südeuropäischen Machtspiel sich anbahnenden Konsenses führt die Peking Rundschau (9) die mögliche Einigung zwischen Griechenland und der Türkei über den ägäischen Kontinentalschelf an. Im Februar 1976 hätten die Balkanländer in Athen eine erste Nachkriegskonferenz veranstaltet, bei der Probleme der Landwirtschaft, des Handels, der Energie, des Transports und der Rundfunkkommunikation zur Sprache kamen. Die Balkanländer bemühten sich aber nicht nur um eine Verbesserung ihrer gegenseitigen Beziehungen, sondern seien auch dafür zu loben, daß sie sich um den Ausbau einer besseren Zusammenarbeit mit der EG bemühten. Als Beispiel hierfür werden der Beitrittsantrag Griechenlands sowie die gezeigte Kooperationsbereitschaft Jugoslawiens und Rumäniens angeführt. Auch Spanien und Portugal suchten vernünftigerweise um eine Verstärkung ihrer Verbindung mit der EG nach.

Falls es im politischen sowie sozioökonomischen Bereich zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen den europäischen, vor allem den süd- und südosteuropäischen Staaten, kommt, so sei auch die hier zur Diskussion stehende Frage der Meerengen leichter in den Griff zu bekommen.

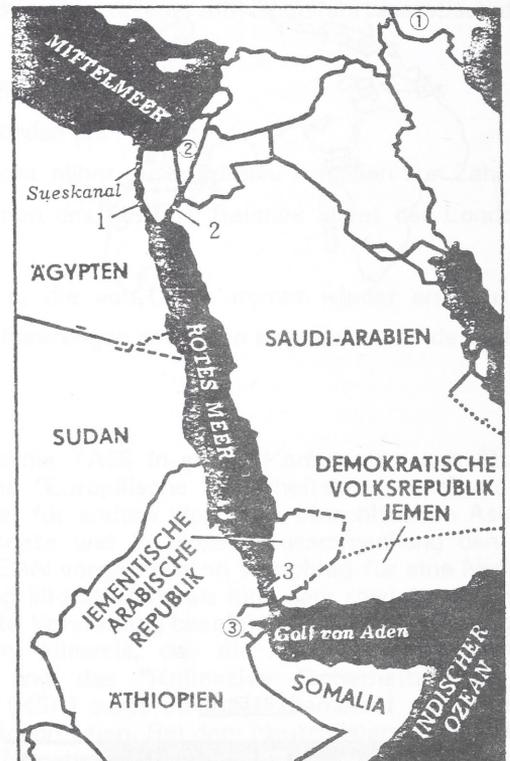
4. Meerengen Mittelmeer/Rotes Meer: Suezkanal,

und Rotes Meer/Indischer Ozean: Golf von Akaba und Bab El Mandab (vgl.Karte II/4 und III)

Karte II/4



Karte III



- | | |
|--------------------------|------------------|
| ① SOWJETUNION | 1 Golf von Sues |
| ② PALÄSTINA (ISRAEL) | 2 Golf von Akaba |
| ③ FRANZÖSISCH-SCMALILAND | 3 Bab Al Mandab |

(Seit 27.6.1977 Republik Djibouti)

Mit dem Golf von Sues im Norden und dem Golf von Aden im Süden bildet das Rote Meer einen Wasserweg von strategischer Bedeutung für die Verbindung zwischen den Meeren Atlantik-Indik-Pazifik und für die Verbindung zwischen Europa, Asien und Afrika. Hier liegen einige der Länder, in denen sich die Sowjetunion teils mit Erfolg, teils mit depressivem Mißerfolg in den letzten Jahren engagiert hat, nämlich Ägypten, der Sudan, Äthiopien und Somalia.

Ziel der Sowjetunion muß es sein, ihre Schwarzmeer/Mittelmeerflotte mit der Pazifik/Indik-Flotte

kurzzuschließen, um so die "Ölroute" des Westens durch den Persischen Golf via Rotes Meer und Suezkanal nach Westeuropa im Ernstfall abzuschneiden. Vier Fünftel der sowjetischen Kriegsschiffe im Indik sind auf den Golf von Aden konzentriert.

Aber auch noch aus einem anderen Grund ist das Rote Meer von enormer strategischer Bedeutung für Moskau: ohne diese Passage müßten sowjetische Schiffe, um in den Westabschnitt des Indik zu gelangen, etwa 17.000 km zurücklegen, und zwar auf der Route Schwarzes Meer-Mittelmeer-afrikanische Westküste-Kap der Guten Hoffnung-afrikanische Ostküste. Auch von der Basis Wladiwostok in Fernost sind es bis zu der strategisch so wichtigen Golfregion nicht weniger als 14.000 km Anreiseweg. Über den Suezkanal und den Golf von Aden dagegen verkürzt sich die Distanz auf nurmehr 3.500 km. Das Rote Meer und die beiden Passagen sind also ein wichtiges Mittel zu einer Machtstärkung der Sowjetunion im Indischen Ozean.

Ansatzpunkte für einen "Einstieg" in die nahöstliche Szenerie gab es in Hülle und Fülle, da sich der Nahe Osten und das Horn von Afrika seit einigen Jahren zu einem Krisenraum mit mehreren Kriegsgefangenenherden entwickelt haben: Libyen/Ägypten, Libyen/Sudan, Sudan/Äthiopien und neuerdings Somalia/Äthiopien.

Die Sowjets hatten anfangs vor allem in den drei Staaten Somalia, Äthiopien und dem Sudan beachtliche Geländegewinne zu verzeichnen, während die USA - sieht man einmal von Saudiarabien ab - am stärksten in Äthiopien präsent war. Auch die VR China hatte sich seit 1972 eng an Äthiopien angeschlossen, um dem sowjetischen Einfluß im dortigen Raum entgegenzuwirken.

Seit Beginn des Jahres 1977 nun haben sich die Verhältnisse paradoxerweise gerade umgedreht: die Amerikaner verloren Äthiopien als Partner (u.a. wurden ihre Militärberater im April 1977 des Landes verwiesen), und ebenso kühlte sich rasch das Verhältnis zwischen Addis Abeba und Peking ab, da die Sowjets in der Zwischenzeit begonnen hatten, rasch Einfluß in Äthiopien zu gewinnen. Umgekehrt sind die drei alten Freunde Moskaus, Somalia, Ägypten und der Sudan, aus dem Lager der Sowjetunion direkt zu den USA übergeschwenkt, wo sie sich zugleich in guter chinesischer Gesellschaft wiederfinden. Heute geht es um die Stabilisierung einer Nord-Süd-Achse Ägypten-Sudan-Somalia als Gegengewicht zur Ost-West-Achse Äthiopien-Libyen. Letztlich geht es bei diesem Ringen auch um die Zugänge zum Mittelmeer, zum Roten Meer und zum Indik.

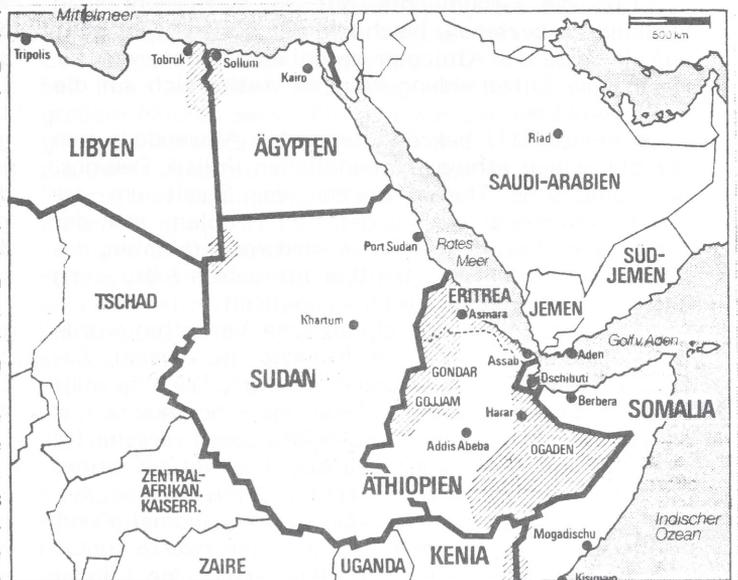
Die ersten sowjetischen Flotteneinheiten liefen bereits 1965 im Indik ein. 1969 begann dort die permanente Stationierung sowjetischer Verbände. Bis zum Oktoberkrieg zwischen Israel und Ägypten von 1973 war diese Zahl auf 15 Einheiten angewachsen, 1974 lag sie bereits bei 30 Einheiten.

Auch bei ihren Bemühungen um Hafenbenutzungsrechte hatten die Sowjets Erfolg. Sie besitzen zwar - entgegen chinesischen Behauptungen (10) - im Indik noch keine formelle Marinebasis, doch könnten sie an einigen Häfen des Subkontinents Nutzungsrechte erwerben, die dann praktisch einem Stützpunkt gleichkämen: Chittagong in Bangladesch zum Beispiel, Vishakapatnam (Ostindien) und Port Blair (auf den Andamanen) sind in den letzten Jahren häufig von sowjetischen Kriegsschiffen angelaufen worden. Auch Häfen in Somalia, Aden sowie in Um Qasr (Irak) wären langfristig als Basen interessant.

Einige der Länder, in denen diese Häfen liegen, waren Gegenstand einer besonders intensiven sowjetischen Umwerbungsstrategie.

a) Somalia beispielsweise wurde von Moskau mit umfangreichen Waffenlieferungen bedacht. Bis Mitte 1974 lieferte die Sowjetunion, nachdem sie mit Somalia einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hatte, nicht weniger als 250 Panzer der Typen T 34 und T 54, 300 Schützenpanzer, eine Anzahl von Kampfflugzeugen der Typen MiG 15, 17 und 19 sowie Transportflugzeuge und Hubschrauber. In Somalia wurden ferner 600 sowjetische Militärberater und Ausbilder stationiert. 250 somalische Offiziere wurden in der Sowjetunion ausgebildet.

Karte IV



Als Gegenleistung für die Militärhilfe konnten die Sowjets Hafenanlagen in Berbera, Ceila und Kisimajo für sie ausbauen sowie Flugplätze und Treibstofflager anlegen (vgl. Karte IV). In Somalia befanden sich ferner kubanische und nordkoreanische Experten für den Guerillakrieg, die Mitglieder von Untergrundorganisationen aus dem benachbarten Eritrea und Dschibuti ausbildeten.

Nicht zuletzt aus diesem Grund ging China schon in den Jahren 1972 ff. dazu über, Äthiopien zu unterstützen und ihm sogar Gratis-Militärlieferungen anzubieten.

Seit Anfang 1977 hat sich der Wind am Horn von Afrika allerdings um fast 180 Grad gedreht: Somalia, der älteste Verbündete Moskaus auf dem afrikanischen Kontinent, ist gleichsam über Nacht zu einem Gegner Moskaus geworden, während Äthiopien, mit dem Moskau z.Zt. Haile Selassie gespannte Beziehungen unterhielt, nunmehr zum eigentlichen Favoriten der Sowjetunion in Nordostafrika avanciert ist.

Dieser Kurswechsel begann, als Moskau im Anschluß an den Sturz Haile Selassies und der Übernahme der Macht in Äthiopien durch sozialistische Kräfte voll in Addis Abeba "einstieg" und in seiner Unterstützung sogar so weit ging, sich im Territorialstreit

zwischen Somalia und Äthiopien auf die Seite des letzteren zu schlagen.

Somalia, das 1960 aus dem ehemaligen Britisch-Somalia (im Norden) und Italienisch-Somalia (im Süden) zusammengewachsen ist, erhebt Ansprüche auf Teile Nord-Kenia, auf Dschibuti und auf die Ogaden-Region (vgl. Karte III), die etwa ein Drittel des äthiopischen Staatsgebietes ausmacht und von etwa einer Million somalischsprechenden Halbnomaden bewohnt ist. Artikel 1 der somalischen Verfassung verpflichtet zum Kampf um die Wiedervereinigung von "Groß-Somalia". Während sich Somalia gegenüber Kenia und Dschibuti noch zurückhält, unterstützt es inzwischen in vollem Umfang die "West-somalische Befreiungsfront", die das Ogaden-Gebiet "befreien" will. Da Äthiopien in einem Zwei-Fronten-Guerillakrieg steht (im Norden seines Landes operiert ja die Eritrea-Befreiungsfront), scheinen die Aussichten Somalias, im Ringen um das Ogaden-Gebiet Sieger zu bleiben, vorerst nicht schlecht.

Für die Großmächte gilt es hier rechtzeitig Stellung zu beziehen. Nachdem die Sowjets sich ganz auf die Seite der Äthiopier geschlagen haben, war für Peking die Entscheidung klar: es stellte sich auf die Seite Somalias.

Hsinhua (11) bekräftigte, unter Abwendung von der bisherigen äthiopienfreundlichen Politik Pekings, die somalische These, wonach der Streit um das Ogaden-Hochland ein "ungelöstes Problem aus der Kolonialzeit" sei. Diese These wird von Äthiopien, das dieses Gebiet für unbestreitbar äthiopisch hält, - und übrigens auch von der OAU, - abgelehnt.

Der Grund für das chinesische Verhalten wurde auch sofort deutlich, als Hsinhua in diesem Zusammenhang der Sowjetunion vorwarf, "sich bewußt in die offengebliebene Gebietsfrage eingemischt und sie zur Ausnützung der eigenen Interessen verschärft" zu haben. Ziel Moskaus sei die Ausbreitung seines Einflusses am Horn von Afrika. Dabei komme ihm eine "Anheizung des Konflikts zwischen Somalia und Äthiopien" gerade recht. China befürworte unter diesen Umständen eine Gipfelkonferenz der Länder am Roten Meer, durch die dem sowjetischen Einfluß begegnet werden könne.

Mit dieser pro-somalischen Stellungnahme präsentierte Peking den Äthiopiern die Rechnung dafür, daß sie sich im Frühjahr 1977, unter Führung des Revolutionsratsvorsitzenden Mengistu Haile Meriam, ganz auf die sowjetisch-kubanische Seite geschlagen haben, wobei der libysche Staatschef Kadhafi aktiv Unterstützung leistete.

Peking findet sich nach seiner Kurskorrektur auch in Nordost-Afrika auf seiten der USA wieder, die - in enger Koordination mit Saudiarabien - entschlossen sind, den Somalis unter die Arme zu greifen.

Einstweilen beherrschen zwar die Sowjets noch die Häfen Berbera und Kismaja; doch scheint ihre Uhr dort langsam abzulaufen. Sie werden sich nach einem anderen Hafen, beispielsweise Assab oder Dschibuti, umschauen müssen.

b) Auch der Süd-jemen mit dem wichtigen Golf von Aden wurde Empfänger sowjetischer Waffenlieferungen (ebenfalls Panzer vom Typ T 34 und T 54 sowie Kampfflugzeugen vom Typ MiG 17). Ferner wurden jemenitische Piloten und die kleine Kriegsmarine des Landes von den Sowjets ausgebildet. Außerdem erhielt der Süd-Jemen 500 sowjetische Militärberater.

c) Ägypten stand seit den Zeiten Nassers mit an oberster Stelle in der Gunst Moskaus. Nach der

Konferenz von Bandung im Jahre 1955 konnte zwar auch China in Kairo Fuß fassen, doch vermochte es sich gegen die zunehmende sowjetische Konkurrenz nicht durchzusetzen. 1966 beschuldigte Kairo den chinesischen Botschafter geheimer Verbindungen mit prokommunistischen ägyptischen Aktivisten und entzog ihm das Agrément. Die Sowjetunion schien sich auf Kosten Pekings voll durchgesetzt zu haben. Als jedoch Mitte 1972 die sowjetischen Berater ausgewiesen und damit die ägyptisch-sowjetischen Beziehungen praktisch abgebrochen wurden, bekam China wieder Oberwasser. Noch im Oktober 1972 gewährte Peking den Ägyptern ein Darlehen von 80,5 Mio.\$ zum Bau von insgesamt 15 Fabriken. Ein besonderer Erfolg gelang den Chinesen, als sie sich bereit erklärten, Ersatzteile für MiG-Jagdflugzeuge zu liefern, die den Ägyptern von Moskau verweigert wurden. 1976 lieferte Peking den Ägyptern Ersatzteile für 30 Flugzeuge, und im Juni 1977 folgten weitere Ersatzteile. Kairo erklärte seine Absicht, künftig Waffen aus der VR China zu beziehen (12).

d) Im Sudan hatte die Sowjetunion ebenfalls keine glückliche Hand, obwohl sie - auf der Grundlage des 1969 geschlossenen Freundschafts- und Militärvertrags - mit Waffen und Militärberatern großzügig gewesen war. Als es im Juli 1971 zu einem prokommunistischen Umsturzversuch kam, hinter dem die Sowjetunion vermutet worden war, ließ Numeiri die Kommunisten seines Landes verfolgen und setzte die etwa 1.800 im Land tätigen Experten der Sowjetunion unter Hausarrest.

Im gleichen Augenblick, am 24. August 1971, kam es in Khartum zur Unterzeichnung eines sudanesisch-chinesischen Protokolls über die Durchführung von Entwicklungsprojekten. China sprang auch mit Waffen ein, u.a. mit Panzern und chinesischen MiG 17 (13).

Bezeichnenderweise war die Kooperation zwischen Peking und Khartum nur dann besonders intensiv, wenn die Sowjetunion gerade wieder eine Niederlage erlitten hatte. Im Mai 1977 beispielsweise, einen Monat, nachdem Äthiopien den US-Militärberatern die Tür gewiesen hatte, forderte Khartum 90 sowjetische Militärberater zum Verlassen des Landes auf. Am 30. Mai 1977 ordnete die Regierung außerdem die Ausweisung von 40 Diplomaten und Staatsangehörigen der Sowjetbotschaft in Khartum an (14). Ausgangspunkt für diese Maßnahmen war der zweite prokommunistische Putschversuch gegen Numeiri vom Juli 1976 gewesen. Die Maßnahmen vom Mai 1977 waren nur noch eine Frage der Zeit gewesen. Schon wenige Wochen nach dem Schlag gegen Moskau besuchte Numeiri Anfang Juni 1977 die VR China. Als Gegengewicht zur sowjetisch-kubanisch-libyschen Front in Äthiopien beginnt der Sudan nun eine amerikanisch-chinesische Gegenfront aufzubauen.

e) Mit Saudiarabien konnte die Sowjetunion nicht einmal diplomatische Beziehungen aufnehmen, umso stärker engagierte sie sich dafür in Äthiopien, das in diesen Tagen fast von allen Nachbarstaaten her mit Gebietsforderungen konfrontiert wird, so daß die Position der Sowjetunion in diesem Lande langfristig zweischneidig sein dürfte.

f) Dschibuti schließlich, das am 27. Juni 1977 aus der französischen Kolonialherrschaft entlassen wurde, hat bisher noch keinen klaren außenpolitischen Kurs. Die VR China hat in ihrer Anerkennungserklärung aber sofort antihegemonistische Bemerkungen einfließen lassen. Dschibuti solle alle Vorschläge, die zur Sicherheit der Zone des Roten Meeres beitragen,

unterstützen und sich davor hüten, in die "Klauen" des Sozialimperialismus zu gelangen (15).

Am 22 März 1977 trafen sich vier Anliegerländer des Roten Meers, nämlich die Jemenitisch-Arabische Republik, die Demokratische Volksrepublik Jemen, der Sudan und Somalia, um Wege zur Stärkung der Einheit und Zusammenarbeit zu finden. China begrüßte dieses Treffen als einen weiteren Versuch, eine Zone des Friedens und der Eintracht im Bereich des Roten Meeres zu schaffen (16). Moskau polemisierte gegen diesen Plan einer "Sicherheitszone im Roten Meer" mit dem Vorwurf, daß es hier um Schaffung eines militärpolitischen Blocks gehe. Die regierenden Kreise des Sudan, Saudiarabiens und die hinter ihrem Rücken stehenden imperialistischen Kräfte, die die Idee einer Arabisierung des Roten Meeres propagieren, versuchten, einen neuen Spannungsherd im Nahen Osten zu schaffen, die fortschrittlichen Länder zu entzweien und sodann mit jedem einzelnen dieser Länder fertig zu werden (17).

Peking begrüßte auch das Treffen der drei weiteren Anliegerstaaten, Ägypten, Saudiarabien und Sudan, im Juli 1977 in Jidda sowie die Unterzeichnung eines gemeinsamen Verteidigungsabkommens zwischen Ägypten und Sudan gegen eine denkbare Bedrohung von seiten eines nicht näher genannten Gegners.

Die Küstenländer des Roten Meeres sollten versuchen, die Angelegenheiten im Meeresbereich untereinander zu regeln und auf diese Weise die Einmischung und Aggression von außen wirkungsvoll zu unterbinden (18).

Noch eine Bemerkung zum Stellenwert des Suezkanals: Der nordwestliche Teil des Indik ist für die Sowjetunion, wie bereits erwähnt, eine Art "Naher Süden", der durch den Kanal schnell zu erreichen ist.

Für den Fall, daß der Suezkanal nicht mehr passierbar sein sollte, hat die Sowjetunion sich nach Alternativen in Ostafrika umschauen müssen, da der Weg dann ja um das Kap der Guten Hoffnung herum zu nehmen wäre. Mit Südafrika konnte Moskau angesichts seiner offiziell antirassistischen Außenpolitik nicht gut ins Gespräch kommen. Aus denselben Gründen verbot sich ein Kontakt mit Südwestafrika. Blieben also nur die zwei dem Kap sowohl in West- als auch in Ostafrika nächstliegenden Länder Mozambique und Angola, die sich der Sowjetunion in einem historisch einzigartig günstigen Augenblick öffneten, nämlich bei ihrem Befreiungskampf von der portugiesischen Kolonialherrschaft, den sich Moskau voll zunutze machte, sei es nun mit direkter Waffenhilfe, mit Ausbildungshilfe oder aber - wie im Falle Angola - mit Hilfe kubanischer Truppen, die für Moskau einen Stellvertreterkrieg in diesem seestrategisch so ungemein wichtigen Lande führten. Kein Wunder, daß Peking gerade im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um Angola Ende 1975 härtestes Propaganda-Kaliber gegen Moskau auffuhr. U.a. kam es am 29./30.1.1976 vor der UNO zu schweren sino-sowjetischen Auseinandersetzungen. Der chinesische Vertreter erhob gegen die Sowjetunion den Vorwurf, "im Alleingang den Bürgerkrieg in Angola provoziert, große Mengen moderner Waffen geliefert und in häßlicher neokolonialistischer Weise" die afrikanische Einheit untergraben zu haben (19). Moskau hatte zu dieser Zeit aus chinesischer Sicht eine günstige Position in Afrika: Es unterhielt enge Beziehungen zu Mozambique und Guinea-Bissau und hatte mit der MPLA auch in Angola ein heißes Eisen im Feuer. Außerdem stand sich die Sowjetunion gut mit den

Regimes in Somalia und in Nigeria dessen Föderalisten sie im Kampf gegen Biafra unterstützt hatte. Enge Verbindungen unterhielt die Sowjetunion auch mit der SWAPO in Namibia (Südwestafrika), mit der ZAPU in Rhodesien und mit der afrikanischen ANC. All diese Länder und Befreiungsbewegungen befinden sich bezeichnenderweise an günstigen Küstenabschnitten Afrikas und können langfristig den Seeambitionen Moskaus dienlich sein.

Welche Ziele die "neuen Zaren" in Angola verfolgten, legte Hsinhua (20) folgendermaßen dar:

"1. Angola ist strategisch von großer Bedeutung. Mittels der Kontrolle über dieses Land könnten die neuen Zaren den Südatlantik kontrollieren und die Seetransportwege der NATO im Falle eines Krieges unterbinden. Dies würde sie ihrem Ziel, die Weltherrschaft zu erreichen, beträchtlich näher bringen; 2. ist Angola reich an Erdöl und Naturschätzen. Die Kontrolle über diese Naturschätze wäre für die neuen Zaren in einem Aggressionskrieg ein gewaltiger Gewinn. Mittels der Zerschlagung der Einheit der Befreiungsbewegungen in Angola könnten sie die Einheit ganz Afrikas untergraben. Dies würde für sie bei ihrer weiteren Expansion und Infiltration von großem Nutzen sein". Die gut ein Jahr später erfolgende Unterstützung aufständischer Einheiten gegen die Zentralregierung in Zaïre durch Moskau war für Peking ein schlagender Beweis für die Richtigkeit dieser Prognose (21).

Der große strategische Zusammenhang zwischen Suezkanal und Angolafrage muß auch noch von einer anderen Seite her bedacht werden: Aus sowjetischer Sicht geht es den "neuen Zaren", wie oben bereits erwähnt, darum, eine Seeroute vom Schwarzen Meer bis Wladiwostok zu schaffen, die durch fünf Meere (Mittelmeer, Rotes Meer, Indik, Westpazifik und Japanisches Meer) führt und Europa, Asien und Afrika miteinander verbinden soll. Sollte diese Route eines Tages am Roten Meer unterbrochen werden, so müßte der Bogen logischerweise um das Kap der Guten Hoffnung herum gezogen werden. Was Ägypten für die "Kurzstrecke" war, könnte Angola für die Langstrecke werden.

Beim Vorgehen der beiden Supermächte mißt China mit zweierlei Maß, so z.B., als die USA beschlossen, die im Zentralindik liegende Insel Diego Garcia zu einer US-Marinebasis auszubauen, die damit zum Dreh- und Angelpunkt der amerikanischen Präsenz im Indischen Ozean werden könnte (22).

Die chinesische Haltung gegenüber Diego Garcia war doppelbödig: Auf der einen Seite wollte man den Mittelostländern bei ihrer Kritik des amerikanischen Unternehmens zu Gefallen sein, andererseits mußte die chinesische Führung durchaus froh sein, daß die Amerikaner an ihrer Stelle die Kastanien aus dem Feuer holen und den sowjetischen Flottenbestrebungen bereits im Golfbereich Paroli bieten (23). Die chinesische Nachsicht für das Diego Garcia-Projekt wurde u.a. auch darin deutlich, daß Hsinhua (24) britische Pressestimmen zitierte, denen zufolge das amerikanische Vorgehen im Indik nichts anderes sei als eine Antwort auf die sowjetischen Marineaktivitäten und politischen Ambitionen.

Die Sowjetunion hatte ja inzwischen begonnen sich Indien anzunähern. 1968 erwarb sie gegen Lieferung von Militärmaterial, vor allem von Flugzeugen, das Recht für ihre Pazifikflotte, Madras und Bombay anzulaufen. Mitte der 70er Jahre wurden den Sowjets weitere Stationierungsrechte in Vishakapatnam und in Port Blair auf den Andamanen eingeräumt.

Als es im Dezember 1971 zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Indien und Pakistan um Ostbengalen, das damalige Ostpakistan kam, waren Einheiten der sowjetischen Marine rechtzeitig anwesend, um die sowjetische Macht zur Schau zu stellen und gleichzeitig ein Gegengewicht zu Einheiten der amerikanischen 7. Flotte zu bilden, die in diesen kritischen Tagen ebenfalls in die Bucht von Bengalen eingelaufen war.

Angesichts dieser Situation machte die ceylonische Ministerpräsidentin, Frau Bandaranaike, den Vorschlag, im Indischen Ozean eine Friedenszone zu errichten. Damit solle der drohenden "Militarisierung des Indischen Ozeans" vorgebeugt und die verstärkte Präsenz der beiden Supermächtsmarinen bekämpft werden (vgl. Kasten).

Der Vorschlag von Frau Bandaranaike, der bei der 26. UNO-Vollversammlung im Jahre 1971 von 12 weiteren asiatischen und afrikanischen Ländern unterstützt wurde, erhielt von Jahr zu Jahr mehr Anhänger. Bei der Vollversammlung im Jahre 1976 stimmten für ihn schon 97 Länder. Obwohl die Sowjetunion auf den vorausgegangenen Sitzungen der Weltorganisation von 1971 bis 1975 sich immer geweigert hatte, den Vorschlag zu unterstützen, sprang sie nunmehr auf den fahrenden Zug und erklärte ihre Sympathie für den Vorschlag, wobei sie allerdings Wert auf die Feststellung legte, daß der Wunsch der Anliegerstaaten nach einer Friedenszone im Indik dann erfüllt sei, wenn die amerikanischen Militärstützpunkte geschleift seien. Über die sowjetischen Militärstützpunkte in der Region wollte der Vertreter Moskaus kein Wort verlieren.

Bei der fünften Gipfelkonferenz der blockfreien Länder im August 1976 in Colombo nahmen die dort versammelten Staaten eine "politische Deklaration" an, die "die Beseitigung ausländischer Stützpunkte, militärischer Einrichtungen und Nachschubanlagen im Indischen Ozean, die Ausschaltung der Stationierung von Nuklearwaffen, anderer Massenvernichtungswaffen und jeglicher Manifestationen militärischer Großmachtpräsenz im Indischen Ozean im Zusammenhang mit Großmachtrivalitäten" forderte. Die auf der gleichen Konferenz angenommene "Resolution über die Friedenszone im Indischen Ozean" stellte fest, daß die "Militärpräsenz der Großmächte im Indischen Ozean eine reale Bedrohung nicht nur für Frieden, Freiheit, Sicherheit und territoriale Integrität der Küsten- und Binnenländer dieser Region darstellt, sondern auch für den Weltfrieden im allgemeinen".

Damit war klargestellt, daß der Vorschlag einer Friedenszone im Indik nicht nur an die Adresse der USA, sondern auch der Sowjetunion gerichtet war, die 1976 in der Region bereits über mehr als 20 ständige Kriegsschiffe verfügte.

In der Praxis haben bisher weder die USA noch die Sowjetunion aus dem Beschluß über eine Friedenszone Konsequenzen gezogen.

Die "Entmilitarisierung" des Indischen Ozeans, wie sie hier angestrebt wird, braucht allerdings Zeit. Eine Friedenszone - anders ausgedrückt, eine "großmächtrefreie Zone" - läßt sich realistisch erst erreichen, wenn vorher eine Zone des Gleichgewichts, d.h. einer ausgeglichenen Präsenz der amerikanischen und sowjetischen Flotten, hergestellt ist. Berbera und Diego Garcia sind hierbei die Schlüsselwörter in der Diskussion. Erst auf der Basis des Gleichgewichts kann dann über einen symmetrisch verlaufenden Abbau der Flottenpräsenz beider Supermächte diskutiert werden.

Könnte nach einem solchen Abzug ein "Vakuum" entstehen? Das Wort "Vakuum" wird meist von solchen Mächten benutzt, die es gerne füllen möchten. Dies wissen vor allem die Anrainer des Indik, die den "Vakuum"-Begriff für eine Beleidigung ihrer Staaten halten.

Was die Stellungnahme der VR China im ganzen Bereich des Indischen Ozeans angeht, so entspricht es ihrer Grundhaltung, daß sie auch hier der Lösung aller anstehenden Fragen durch die Anrainerstaaten selbst das Wort redet. Dies hieße u.a., daß diese Staaten selbst eine Task-Force-Marine aufstellen müßten. Ein nicht unerhebliches Potential stünde dafür theoretisch zur Verfügung. Von den im östlichen Teil des Indik gelegenen Ländern verfügt Indien über 90 Schiffe britischen und sowjetischen Ursprungs, darunter 2 Kreuzer, 3 Zerstörer, 26 Fregatten, 8 U-Boote, 8 Minenräumboote und 25 Patrouillenschiffe. Pakistan könnte mit ungefähr 40 Schiffen älterer Bauart operieren, Indonesien mit 108 Schiffen, darunter 3 U-Boote, 9 Fregatten, 20 Küstenbegleitschiffe etc. und schließlich Australien mit rund 40 Schiffen (25).

Für den Fall, daß es zur Schaffung einer "Friedenszone" im Indischen Ozean kommt, würde eine solche Flotte in der Tat ausreichen, um die so wichtige Handelsroute durch das Transitmeer (Japan-Europa, innersowjetischer Verkehr zwischen Ostsee und Pazifik) zu sichern. Vor allem eine Handelsmacht wie Japan hätte an einer solchen Sicherung überragendes Interesse: 80% der japanischen Erdölimporte werden durch den Indik transportiert, und rund 8.000 Öltanker fahren im Jahr durch die Straße von Malakka. Mehr als 50% des australischen Außenhandels passiert außerdem die Region, die in ihrem südostasiatischen und australischen Teil zu den größten internationalen Erzeugern von Kautschuk, Zinn, Eisenerz, Bauxit und Uran gehört.

Durch eine militärische Eskalation der Supermächte läßt sich die so dringend erwünschte Sicherheit in diesem Meer jedenfalls weniger gewährleisten als durch eine regionale Sicherungspolitik.

Die chinesische Aufforderung an die Anliegerstaaten des Indischen Ozeans, bei der Lösung der Indik-Probleme "auf eigenen Beinen zu stehen", trägt insoweit eine Logik in sich, der sich eigentlich nicht nur die Anrainer, sondern auch die beiden Supermächte beugen müßten. Bisher waren die Anrainer selbst nicht die bestimmenden Mächte über die Zukunft des Indischen Ozeans. Wenn dies anders werden soll, müssen sie allerdings unter sich selbst zu einer besseren politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit finden. Sie sind aufgerufen, aus Objekten zu Subjekten zu werden.

5. Meerenge Indik-Pazifik: Die Malakka-Straße (vgl. Karte II/5)

Karte II/5



Ende 1971 hatten die Anliegerländer der Malakka-Straße, Malaysia, Singapur und Indonesien, beschlossen, ihre Hoheitsgewässer auf 12 Seemeilen auszudehnen und damit die Durchfahrt durch den südostasiatischen Flaschenhals für Öltanker, vor allem aber für Kriegsschiffe, de facto zu schließen.

Schon im Februar 1960 hatte Indonesien seine Küstengewässer auf 12 Seemeilen ausgedehnt und diese Maßnahmen mit Sicherheitserwägungen begründet. Malaysia war diesem Beispiel im Juli 1969 gefolgt. Im Oktober desselben Jahres beschlossen dann beide Staaten im Zuge ihrer Sicherheitsüberlegungen, auch die Malakka- sowie die Singapur-Wasserstraße ("Straits of Malakka") untereinander aufzuteilen und den bisher als international geltenden Seeweg damit zu nationalisieren. Ein Abkommen über die Abgrenzung der Küstengewässer in den Straits of Malakka wurde im März 1970 anlässlich eines Besuches von Präsident Suharto in Malaysia unterzeichnet. Zugleich gaben Malaysia und Indonesien damit ihrer Forderung Nachdruck, daß es in Südostasien kein Machtvakuum gebe und daß man nicht geneigt sei, sich den Interessen außerregionaler Mächte zu beugen.

Am 16. November 1971 kam es schließlich zu einer Dreistaaten-Erklärung, an der nun auch Singapur teilnahm und in der zwei getrennte Fragenkomplexe angesprochen wurden, nämlich erstens die Sicherheit der Straits of Malakka, für die die Küstestaaten verantwortlich seien, und zweitens die Frage der Internationalisierung der Wasserstraße. Singapur brachte in der Erklärung zum Ausdruck, daß es von der Position der indonesischen und malaysischen Regierung über die Internationalisierung "lediglich Kenntnis nähme" (verständlicherweise wollte die weltoffene Inselrepublik sich nach allen Seiten hin Rückenfreiheit wahren).

Vor allem zwei Länder erhoben gegen die Nationalisierungsansprüche Djakartas und Kuala Lumpurs Einspruch, nämlich Japan, das die Malakka-Straße als "Lebenslinie" betrachtet (rund 90% seiner Im- und Exporte laufen durch die Straits of Malakka), und die Sowjetunion, deren Botschafter in Japan, Olek Trojanowski, am 3. März 1972 dem japanischen Außenministerium gegenüber die "offizielle Auffassung" der sowjetischen Regierung übermittelte, wonach die Malakkastraße als "internationaler Wasserweg" zu gelten habe (26).

Peking stellte sich rückhaltlos hinter die Auffassung Indonesiens und Malaysias (27) und tat damit einen Schritt, der auf den ersten Blick um so erstaunlicher war, als Chinas Verhältnis zu Indonesien bisher alles andere als freundschaftlich gewesen war.

Trotzdem gingen die Versuche, im Malakkastraßen-Bereich Fuß zu fassen, weiter. Gewisse Erfolge konnte Moskau dabei vor allem in Singapur und Malaysia erzielen.

a) Singapur ist ein strategisch gar nicht hoch genug einzuschätzender Punkt zwischen Odessa und Wladiwostok. Gleichzeitig gehört der Stadtstaat - aus sowjetischer Sicht - mit in jenes politische Vakuum, das durch den Rückzug der Briten aus Südostasien entstanden ist und das - aus sowjetischer Sicht! - nun durch China gefüllt zu werden droht.

Im Januar 1966 bereits errichtete TASS ein Büro auf der Insel, und am 2. April des Jahres wurde ein Handelsabkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet. Im Oktober 1966 untersuchte eine sowjetische Wirtschaftsdelegation die Möglichkeiten für den Aufbau von Industrieanlagen, über die dann im April

1968 konkrete Abmachungen getroffen wurden. 1968 auch wurde eine Singapur-sowjetische Schiffsverkehrsagentur ins Leben gerufen. Im Oktober/November 1971 veranstaltete die Sowjetunion eine Handelsausstellung in Singapur, und im November öffnete die sowjetische Bank Moscow-Narodny ihre Tore im Stadtstaat. Sie habe, wie Peking behauptet, bisher in mehr als 100 Unternehmen Südostasiens investiert und betreibe eine systematische Politik des Kapitalexports. Schon im September 1970 hatte Lee Kuan-yew die Sowjetunion besucht. Dabei war eine Verstärkung des kommerziellen und kulturellen Austausches sowie eine direkte Luftverbindung vereinbart worden. Im Hafen von Singapur werden seitdem nicht nur sowjetische Waren gelöscht (jährlich durchschnittlich 500 Schiffe) und sowjetische Handelsschiffe versorgt, sondern gelegentlich auch sowjetische Kriegsschiffe repariert.

Andererseits freilich weiß Lee Kuan-yew ganz genau, daß eine bestimmte chinesische Toleranzschwelle nicht überschritten werden darf.

Singapur wurde u.a. zu einem wichtigen KGB-Zentrum. In der Cluny-Straße errichtete die Sowjetunion für die Summe von rd. 2,5 Mio. US\$ ihre Botschaft. Einer der wichtigsten Angehörigen dieser Botschaft, der Ukrainer Valentin Pasenchuk, hat während der Zeit der sino-sowjetischen Freundschaft etwa 5-6 Jahre in China zugebracht und gilt als Chinaexperte.

Auch Vertreter von TASS, Nowosti sowie des sowjetischen Rundfunks und Fernsehens haben sich in Singapur niedergelassen. Die meisten von ihnen gelten als professionelle Chinabeobachter.

Intelligence-Arbeit wird nicht nur von sowjetischen Kadern selbst geleistet, sondern auch von Zwischenmännern, so z.B. von dem früheren Singapur-Journalisten Lim Beng Tee, der 1968 die "Tri-Union-Company Ltd." errichtete und eng mit der Singapur-Sowjet-Schiffahrtsgesellschaft (SOCIAC) zusammenarbeitete. Lims aufwendiger Lebensstil weckte bald den Verdacht der Singapur Behörden, die ihn am 7. August 1973 arrestierten, da er "im Interesse fremder Intelligence-Organisationen arbeitete" (28). Lim soll seine ausgezeichneten Kenntnisse über China und die südostasiatische Region dazu benutzt haben, den Sowjets Einsichten nicht nur in chinesische und regionale, sondern auch in innere Singapur-Angelegenheiten zu verschaffen.

In welchem Maße überhaupt sowjetische Agenturvertreter nach Asien entsandt werden, zeigt ein Vergleich mit britischen Agenturen, die in dieser Region eine traditionell starke Position einnehmen. Während die Agentur Reuter für ganz Indien, Bangladesch und Sri Lanka in New Delhi nur zwei Korrespondenten unterhält, sind im Auftrag von TASS nicht weniger als sieben Korrespondenten in der indischen Hauptstadt tätig, die wiederum ergänzt werden von Vertretern der Nowosti-Agentur, der Prawda, der Iswestija, der Trud, der Neuen Zeit und des sowjetischen Rundfunks und Fernsehens. Besondere TASS-Büros bestehen außerdem in Dacca und Colombo. Trotz dieser quantitativ so beeindruckenden Besetzung gelten die sowjetischen Meldungen im Vergleich zu den englischen und amerikanischen Diensten als weitaus unergiebig. Schon aus diesem Grunde liegt der Schluß nahe, daß die sowjetischen Journalisten wesentliche Bestandteile der KGB-Organisation in Indien sind (29). Am offensten geht Peking zu Werke, wenn es aus all diesen Fakten den Schluß zieht, daß die Sowjetunion in den Ländern

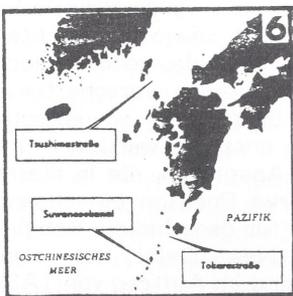
Südostasiens "eine hemmungslose Spionagetätigkeit betreibe" (30).

b) Zwischen Malaysia und der Sowjetunion kamen im Jahre 1968 diplomatische Beziehungen zustande. 1970 wurde eine malaysisch-sowjetische Freundschaftsvereinigung ins Leben gerufen, deren Vorsitz der damalige Ministerpräsident Tun Razak höchst persönlich übernahm. Auch gemeinsame Industrie- und Geschäftsunternehmen wurden nach und nach gegründet. Im Juli 1970 eröffnete die Sowjetunion in Kuala Lumpur ein Informationsbüro, das die Aufgabe wahrnehmen sollte, einheimische Unternehmer zur Zusammenarbeit in "Joint ventures" zu ermuntern. Auch mit Entwicklungshilfe im Rahmen der malaysischen Fünfjahrespläne war die Sowjetunion nicht kleinlich. 1972 stattete der malaysische Ministerpräsident der Sowjetunion einen Besuch ab, bei dem es zum Abschluß eines Abkommens über Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technischem und wissenschaftlichem Gebiet kam. Ein offensichtlich von Moskau vorgeschlagener Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit, ähnlich den parallelen Verträgen mit Ägypten, Indien und Syrien, war von Malaysia - höchstwahrscheinlich mit Seitenblick auf Peking - abgelehnt worden. Auch Malaysia scheint sich also stillschweigend an eine Mittellinie zwischen Moskau und Peking zu halten.

Gleichwohl hat die Sowjetunion ihre Versuche, sowohl Singapore als auch Malaysia für sich zu gewinnen, nicht aufgegeben. Auch ist Moskau dabei geblieben, seine Kriegsschiffe durch die Malakka-Straße dampfen zu lassen. Schließlich tritt es bei den UNO-Beratungen für die Schaffung eines neuen Seerechts stets mit der Forderung auf, daß die "Freiheit der Durchfahrt" aufrechterhalten werden müsse, daß also die Malakka-Straße - entgegen den Wünschen der drei Anliegerstaaten - ein "internationaler Wasserweg" bleiben müsse

6. Meerenge Südliches Japanisches Meer/Pazifik: die Tsushima-Straße, der Suwanose-Kanal und die Tokara-Straße (vgl. Karte II/6)

Karte II/6

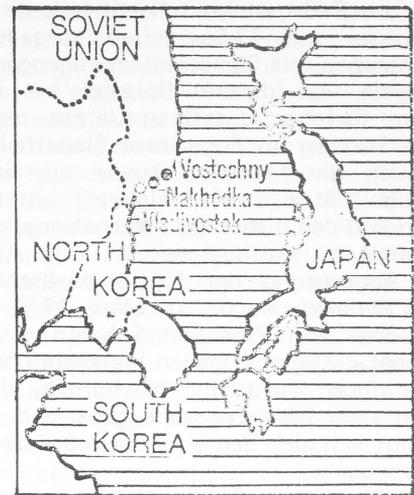


Wie die nebenstehende Karte zeigt, ist die Tsushima-Straße hier das entscheidende Nadelöhr. Der Suwanose-Kanal und die Tokara-Straße haben nur Bedeutung, wenn die Tsushima-Straße bereits passiert ist. Insofern kann man sagen, daß die sowjetischen Bestrebungen, sich vom Fernost-Hauptstützpunkt Wladiwostok aus Zufahrten zum Pazifik zu sichern, vor allem auf drei Wasserstraßen konzentriert sind, nämlich auf die bereits erwähnte Tsushima-Straße sowie auf die unter 7) noch zu behandelnden Soja- und Tsugaru-Straßen.

Die sowjetische Pazifikflotte verfügt in Wladiwostok über einen Hauptstützpunkt und in

Petropawlowsk auf der Halbinsel Kamtschatka über einen Ersatzstützpunkt. Außerdem entsteht z.Zt. ein Friedensmarinehafen in Vostochny (vgl. Karte V).

Karte V



Sowjetische Minenräumboote, Tanker, Raketenzerstörer und ähnliche Einheiten pendeln im Japanischen Meer trotz japanischen Protests seit Jahren hin und her und passieren in regelmäßigen Abständen auch die drei genannten Meerengen. In den letzten Jahren haben jährlich 300-400 sowjetische Schiffe die drei Meerengen durchfahren.

Schon vor längerer Zeit hat sich die VR China den japanischen Protesten gegen dieses sowjetische Marineverhalten angeschlossen. Am 3. Dezember 1973 etwa zitierte Hsinhua einen Bericht des japanischen Verteidigungsamtes, in dem es heißt, daß in der Zeit zwischen März und Mai 1973 etwa ein Dutzend mit Fernlenkgeschossen ausgerüstete Zerstörer und U-Boote der sowjetischen Pazifikflotte über die Tsushima-Straße in den Zentralpazifik nahe Guam eingelaufen sei (31).

7. Meerenge Nordjapanisches Meer/Pazifik: die Soja-Straße und die Tsugaru-Straße (vgl. Karte II/7)

Hier handelt es sich um den bereits erwähnten wichtigen Nordzugang der sowjetischen Pazifikflotte von Wladiwostok zum Stillen Ozean, der von sowjetischen Flottenverbänden in den letzten Jahren besonders häufig befahren wurde.

Die strategische Bedeutung der beiden Meerengen führte dazu, daß an dieser Stelle ein Territorialkonflikt mit Japan entstanden ist, bei dem China systematisch für Japan Partei ergreift.

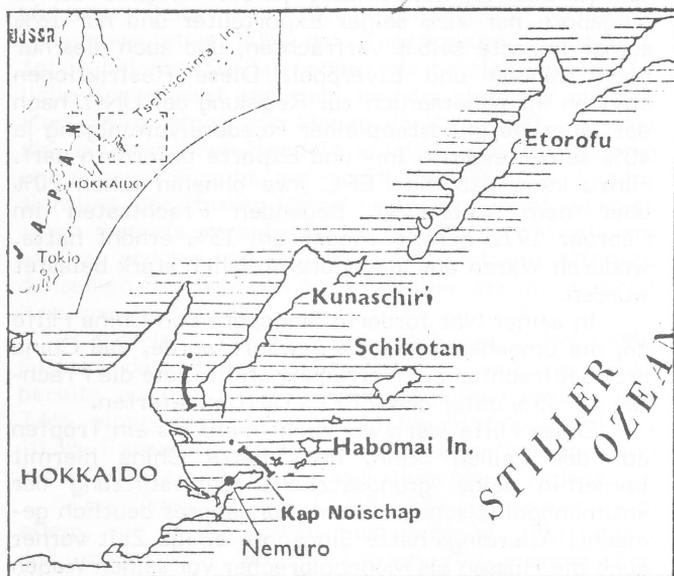
Für Moskau kommt es darauf an, vier von Japan beanspruchte Inseln, nämlich Kunashiri, Etorofu, Habomai und Shikotan, auf ewig besetzt zu halten, um sie als Stützpunkte zur Kontrolle zumindest der Soja-Straße zu benutzen, falls die Tsugaru-Straße, die ja zwischen den japanischen Hauptinseln Hokkaido und Honshou liegt, eines Tages nicht mehr passierbar sein sollte.

Die "nördlichen Territorien" kamen schon im September 1964 ins Gespräch, als Mao Tse-tung in einem Gespräch mit Mitgliedern der japanischen Sozialistischen Partei den Anspruch Japans auf Rückgabe der Kurilen-Inseln hervorhob. Die

Sowjetunion habe schon allzu viele Länder auf der Welt okkupiert: sie habe die Äußere Mongolei unter ihre Herrschaft gebracht, habe sich an rumänischem und deutschem Territorium bereichert, sich einen Teil von Polen angeeignet und auch Finnland nicht verschont. Der sowjetische Hunger sei offensichtlich unstillbar. Wörtlich: "Die Sowjetunion umfaßt ein Gebiet von 22 Mio.qkm bei einer Bevölkerung von nur 200 Mio. Einwohnern. Japan muß demgegenüber bei einer Einwohnerzahl von 100 Mio. Menschen mit nur 370.000 qkm auskommen. Was die Kurilen-Inseln anbelangt, gibt es für uns überhaupt keine Frage. Sie müssen an Japan zurückgegeben werden" (32).

Diese chinesische Position hat sich im Laufe der Jahre nicht verändert. Nicht zuletzt deshalb auch dürfte sichergestellt sein, daß die japanischen Ansprüche auf die nördlichen Territorien mit mehr Ausdauer geltend gemacht werden als etwa die deutschen Ansprüche auf Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Karte VI



Das ungeschickte Verhalten der Sowjetunion hat bewirkt, daß die Namen der vier unbedeutenden Inseln heute wie Siegelwachs in das Gedächtnis jedes Japaners eingedrückt sind. Zwischen 1945 und 1969 brachten die Sowjets nicht weniger als 1.312 japanische Fischerboote in den Gewässern um die nördlichen Territorien auf und nahmen 11.974 Fischer gefangen, von denen 32 den Tod fanden (33). Diese Zwischenfälle nahmen deshalb ein so inflationäres Ausmaß an, weil die fischreichsten Gewässer gerade in dem zwischen Japan und der Sowjetunion umstrittenen Dreieck Habomai, Schikotan und Kunashiri liegen. Verursacht wurde die ganze Problematik durch die Festsetzung der sog. "Bulganin-Linie" von 1956, die es den japanischen Fischern verbot, sich den "nördlichen Territorien" bis auf 12 sm zu nähern, ferner durch den Ausschluß der japanischen Fischer aus der "Bucht Peters des Großen" und aus dem Ochotskischen Meer seit 1957 bzw. 1959. Gerade die Bulganin-Linie wurde von den Chinesen anlässlich der Beratungen über den Entwurf eines neuen Seevölkerrechts im März/April 1973 vor der UNO aufs Korn genommen. Was für eine

Logik sei es, wenn die Sowjetunion sich einerseits gegen die Ausdehnung von Hoheitsgrenzen auf eine Distanz von 12 sm wende, andererseits aber selbst seit 1956 eine "Fischerei-Schutzgrenze" mit einer Ausdehnung von 400 sm festgelegt habe? (34)

Näheres zur Rechtslage der "Nördlichen Territorien" ist ausgeführt in C.a. November 1973, S.712 f. 8. Bezeichnenderweise - weil so fern gelegen - taucht eine andere Meerenge, nämlich der Panama-Kanal, in den chinesischen Polemiken als Ziel der sowjetischen Ambitionen nicht auf, obwohl Peking ansonsten Wert darauf legt, zu betonen, daß es den "Sozialimperialisten" bereits gelungen sei, in den "Hinterhof der Vereinigten Staaten-Lateinamerika" einzudringen (35).

Selbst im Zusammenhang mit den amerikanisch-panamaischen Verhandlungen vom August 1977 über die grundlegenden Bestandteile eines neuen Panama-Kanal-Vertrags ersparte sich Peking Angriffe gegen die Sowjetunion. Der chinesische Kommentator (36) wies lediglich darauf hin, daß mit dem neu anvisierten Vertrag "ein koloniales Überbleibsel in Amerika beseitigt und das rechtmäßige und unaufschiebbare Verlangen Panamas nach Wiederherstellung seiner Souveränität erfüllt" werde. Neben diesem so sacht ausgeführten Seitenhieb gegen die USA wird aber auf mögliche "Vakuum-Ausfüllungsversuche des Sozialimperialismus" mit keinem Wort verwiesen. Offensichtlich ist Moskau in dieser Region selbst nach chinesischer Auffassung noch so unterrepräsentiert, daß sich die Erwähnungen entsprechender Ambitionen erst gar nicht lohnen.

B) Maritime Hegemonie durch versuchte Monopolisierung des Schifffahrtsverkehrs und durch Dumping

Ein anderer Weg der Machtausdehnung wird von Moskau nach chinesischer Ansicht durch eine systematische und aggressive "Transportexpansion" in Europa, vor allem aber in Südostasien, betrieben. So sei es der Sowjetunion unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten südostasiatischer Länder und der dort vorherrschenden Opposition gegen die erhöhten Frachtgebühren westlicher Schifffahrtsgesellschaften gelungen, steigende Frachtraten an sich zu reißen. Die sowjetische Handelsflotte habe die Frachtgebühren um 20-40% herabgesetzt, zahlreiche bilaterale Handelsabkommen, die den sowjetischen Schiffen ausschließliche Transportrechte einräumen, abgeschlossen und bis Anfang 1977 sieben reguläre Schifffahrtslinien in Südostasien eröffnet, vier davon allein in den letzten zwei Jahren. Darüberhinaus habe sie mit einigen Ländern gemeinsame Schifffahrtsgesellschaften errichtet. Im Jahre 1975 hätten nicht weniger als 250 sowjetische Schiffe malaysische Häfen angelaufen, fünfmal so viel wie noch vor zehn Jahren; in Singapore waren es im gleichen Jahr 718 Schiffe gegenüber 521 im Jahre 1970. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1976 legten monatlich durchschnittlich 16 sowjetische Schiffe in Bangkok an, während es in den vergangenen Jahren immer nur vier oder fünf gewesen waren.

Das massive Vordringen dieser Schiffe bedrohe in wachsendem Maße die lokalen Schifffahrtsgesellschaften. Allein in der ersten Hälfte des Jahres 1976 nahmen gemeinsame philippinisch-sowjetische Schifffahrtsgesellschaften auf den Philippinen etwa 10 Mio.US\$ an Frachtgebühren ein, womit diese Ge-

bühren gegenüber der zweiten Hälfte des Jahres 1975 um das 2,9fache gesteigert wurden. Für die philippinische Schifffahrt bedeutet dies einen schmerzhaften Einbruch. Ähnlich wirkt sich das sowjetische Vordringen in Thailand aus: In der Vergangenheit wurden 40% der thailändischen Im- und Exporte mit Thai-Schiffen befördert. Inzwischen hat die sowjetische Konkurrenz diesen Anteil - und zwar in der zweiten Hälfte des Jahres 1975 - auf 6% gedrückt.

Peking zieht aus diesem Verhalten folgende Schlüsse (37): "Die infame sowjetische Praxis, den lokalen Schifffahrtsunternehmen die Aufträge wegzuschnappen, hat unter den südostasiatischen Ländern Empörung hervorgerufen... Man weist auf die unlauteren Absichten hin, die die Sowjetunion mit der Herabsetzung der Frachtgebühren verfolgt. Sobald diese erst einmal die Schifffahrt in Südostasien monopolisiert habe, werde sie 'ihre freundliche Maske fallen lassen und aus wirtschaftlichen und politischen Zwecken die Frachtgebühren einseitig und übermäßig erhöhen'.... Die Tatsachen beweisen, daß die Sowjetunion mit ihrer Schifffahrtsexpansion in Südostasien nicht nur wirtschaftliche Interessen verfolgt, sondern, was noch wichtiger ist, unter dem Deckmantel der Handelstätigkeit nach maritimer Hegemonie strebt, um ihre auf die Eroberung der Weltherrschaft gerichtete Globalstrategie zu verwirklichen... Unter der Besatzung der sowjetischen 'Handelsschiffe' gibt es häufig Angehörige der sowjetischen Kriegsmarine und KGB-Agenten, die mit den einheimischen Sprachen vertraut sind; in Häfen, wo ihre Schiffe vor Anker liegen, sammeln sie politische und militärische Informationen und führen selbst Subversions- und Sabotageakte durch... Spionageaufträge werden erfüllt... unter den verschiedensten Tarnungen wie Seewegeuntersuchungen, meteorologische und wissenschaftliche Forschung, Navigationstraining und Fischerei... Zugleich mit der Expansion des Schifffahrtsdienstes häufen sich die Versuche der Sowjetunion, mit Hilfsangeboten das Recht auf die Nutzung von Hafenanlagen oder auf die Errichtung militärischer Basen an sich zu reißen." So hätten sich beispielsweise "sowjetische Experten für Hafendienste", begleitet vom sowjetischen Botschafter in Malaysia, nach Sabah und Sarawak begeben und den lokalen Beamten dort mitgeteilt, daß die Sowjetunion bereit sei, den drei Häfen in Sabah "Hilfe zu gewähren", falls diese sowjetische Kriegs- und Handelsschiffe mit Treibstoff und Nahrungsmitteln versorgen und sowjetischen Seeleuten erlauben, zur "Ruhe und Erholung" an Land zu gehen. Als Handelsschiffe getarnte Hilfsschiffe der sowjetischen Kriegsmarine seien in Singapore verproviantiert worden. Wie dortige Zeitungen berichten, habe die Sowjetunion mit Singaporer Werften zehn Verträge über die Reparatur sowjetischer Schiffe abgeschlossen. Sowjetische Offizielle hätten offen zugegeben, daß die Sowjetunion Singapore als ein Zentrum ihrer maritimen Aktivitäten in Asien und als eine Basis für Schiffsreparaturen betrachte.

Die südostasiatischen Völker und Regierungen hätten sich in der Zwischenzeit jedoch bereits zur Wehr gesetzt. Sie wollten es unter keinen Umständen zulassen, daß die Sowjetunion das durch den amerikanischen Truppenabzug hinterlassene "Vakuum" fülle. Vor allem müsse man sich auch gegen die unlautere Konkurrenz zur Wehr setzen. Die thailändische Regierung teilte im Juni 1976 der sowjetischen Botschaft in Bangkok mit, sie werde sowjetischen Handelsschiffen, die keine Güter in Thailand ein- oder auszuladen hätten, verbieten, in thailändischen Terri-

torialgewässern zu ankern. Die indonesische Regierung brachte 1975 bei drei Gelegenheiten sowjetische Schiffe auf, die illegal in indonesische Territorialgewässer eingedrungen waren.

Im April 1976 beschloßen außerdem die ASEAN-Mitgliedstaaten offiziell, die "Föderation der ASEAN-Schiffspediteur-Räte" zu gründen. Der philippinische Präsident Marcos erklärte, Zweck der Föderation sei es, die Schifffahrt in der Region zu entwickeln und im Schifffahrtswesen Autonomie zu erlangen.

Hätte China die Möglichkeit, bedrängten südostasiatischen Staaten notfalls nicht nur propagandistisch, sondern auch praktisch unter die Arme zu greifen? Die Frage ist mit einem grundsätzlichen Ja zu beantworten, wie ein Präzedenzfall aus dem Jahre 1972 zeigt. Damals hatte die Far Eastern Freight Conference (FEFC), die 42 Reedereien aus 12 Ländern umfaßt, immer noch über 70% des gesamten Ladevolumens von Singapore nach Europa für sich beansprucht. Die staatliche Reederei Singapores fühlte sich durch diese Verteilung der Frachtquoten, die einzig und allein nach der Dauer der Zugehörigkeit zur FEFC bemessen wurde, benachteiligt. Als verhältnismäßig junges Mitglied durfte Singapore nur 22% seiner Exportgüter und nur 16% seiner Importe selbst verfrachten, und auch dies nur nach London und Liverpool. Diese Restriktionen standen im Widerspruch zur Regelung der UNO, nach der jeder Mitgliedstaat einer Reedereivereinigung je 40% seiner eigenen Im- und Exporte befördern darf. Hinzu kam, daß die FEFC ihre ohnehin schon 20% über dem Weltmarkt liegenden Frachtraten im Februar 1972 gerade wieder um 15% erhöht hatte, wodurch Waren aus Singapore preislich stark belastet wurden.

In seiner Not forderte Singapore von China Hilfe an, die umgehend dadurch gewährt wurde, daß China drei Seefrachter zur Verfügung stellte, die die Frachten um 35% unter dem FEFC-Tarif anlieferten.

Diese Hilfe war zwar nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, doch hatte China hiermit immerhin seine grundsätzliche Unterstützung der antimonopolistischen Haltung Singapores deutlich gemacht. Allerdings hatte Singapore einige Zeit vorher auch die Russen als Monopolbrecher vor seinen Wagen gespannt (38). Chinas Schachzug dürfte unter diesen Umständen durch Überlegungen bestimmt gewesen sein, die mit dem wirtschaftlichen Wohlergehen Singapores nur indirekt zu tun hatten.

Immerhin wurde hier von Peking ein Präzedenzfall geschaffen, der sich notfalls wiederholen ließe und sicherlich starke propagandistische Wirkung ausübte!

Die Bedeutung der sowjetischen Marine als ruinöser Konkurrent für die junge südostasiatische Schifffahrt ist zweifellos übertrieben. Viel schwerer wiegt innerhalb der ASEAN die gegenseitige Eifersucht der Mitgliedsländer, die vor allem - entgegen besserer rationaler Einsicht - nicht zulassen wollen, daß Singapore zum Dreh- und Angelpunkt der Hochseeschifffahrt in Südostasien wird (39).

Gleichwohl hat aber Peking hier ein Thema angesprochen, das die Gemüter erregt und bestimmt Aufmerksamkeit finden wird. Viel stärker als bei anderen Wirtschaftsgemeinschaften, etwa der EG, ist die ökonomische Zukunft der zum größten Teil über ein weites Inselgebiet zerstreuten ASEAN-Gebiete von einer günstigen Entwicklung der Schifffahrt abhängig. Sollte sich herausstellen, daß eine außerregionale Macht wie die Sowjetunion Sand ins Getriebe

der Schifffahrt bringt, so wäre dies ein willkommenener Anlaß, gegen solche Versuche vorzugehen und dabei zugleich von der eigenen Misere abzulenken.

Ein Thema, das China bisher noch nicht eindeutig aufgegriffen hat, dessen es sich freilich höchstwahrscheinlich in nächster Zukunft annehmen wird, ist die Dumping-Strategie der Ostblockflotten gegenüber der europäischen Schifffahrt.

Auch in Europa haben die Sowjets den Leitspruch: "Wir wollen an die gute Ladung heran, koste es, was es wolle" und gewähren dabei Nachlässe bis zu 40%. Sind sie allerdings erst einmal etabliert, dann bieten sie im Schnitt Raten, die nur noch zwischen 10 und 20% unter den Kosten liegen, wie sie durch die "Schifffahrtskonferenzen", d.h. durch die in Europa üblichen kartellähnlichen Zusammenschlüsse mehrerer Schifffahrtslinien nach bestimmt abgegrenzten Gebieten vereinbart werden. Den Sowjets kommt dabei der Umstand zugute, daß sie nicht betriebswirtschaftlich rechnen müssen, sondern eine volkswirtschaftliche Kostenrechnung aufmachen können. Abschreibungen, Verzinsung, Heuern für die Besatzung, gewisse Versicherungskosten, Bunkeröl und andere Unkosten, die bei den europäischen Reedern zusammen etwa 80% der Tageskosten ausmachen, fallen bei den Sowjetreedern als betriebswirtschaftliche Kosten erst gar nicht an oder sind sehr niedrig. Karl-Heinz Sager vom Hapag-Vorstand (40) schätzt die den deutschen Reedern entstandenen Verluste an entgangener Fracht auf rd. 50 Mio. DM. Die Expansionslust der Russen könne nur eingedämmt werden, wenn man sie veranlasse, Mitglieder der "Konferenzen" zu werden und sich an den Frachtgeschäften zu denselben Bedingungen zu beteiligen wie die anderen Konferenzmitglieder.

Langfristig ist die Konkurrenz der COMECON-Flotten deshalb so schwerwiegend, weil sie heute bereits an der Welthandelsflotte einen Anteil von 7,5% einnehmen, darunter 13,1% Stückgutfrachter, 10,3% Fahrgastschiffe, 3,4% Massengutfrachter und 3,3% Öltanker - dies alles mit steigender Tendenz.

Das Dumping der COMECON-Reedereien, vor allem, wie es die Sowjetunion betreibt, führt dazu, daß sowjetische Schiffe Lasten von europäischen Kontinentalhäfen nach England um 10-20% unterbieten, von Europa nach Kanada um 10-50%, von Europa an die amerikanische Ostküste bei Stückgütern bis 40%, von Europa nach Westindien/Mittelamerika von 15-30%, teilweise sogar bis 50%, von Europa zum amerikanischen Golf und zum Südatlantik um 10-50%. nach Ostasien von 10-30% und nach Ostafrika von 15-30% (ebenda).

UNO-RESOLUTION 2832 (XXVI):

Erklärung des Indischen Ozeans zu einer Friedenszone

Die Vollversammlung

ist sich der Entschlossenheit der Völker der an den Küsten und im Hinterland des Indischen Ozeans gelegenen Staaten bewußt, ihre Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität zu wahren und ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme unter Bedingungen des Friedens und der Ruhe zu lösen;

erinnert an die Erklärung der Dritten Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der blockfreien Länder in Lusaka im September 1970, in der alle Staaten aufgerufen worden waren, den Indischen

Ozean als eine Friedenszone anzusehen und zu achten, aus der die Rivalität und Konkurrenz der Großmächte ebenso herauszuhalten seien wie im Zusammenhang mit solcher Rivalität oder Konkurrenz konzipierte Stützpunkte, und in der ferner erklärt worden war, daß diese Region auch von Kernwaffen frei sein sollte;

ist davon überzeugt, daß es wünschenswert ist, die Aufrechterhaltung solcher Bedingungen in der Region durch andere Mittel als Militärbündnisse zu gewährleisten, da solche Bündnisse finanzielle und andere Verpflichtungen nach sich ziehen, die eine Abzweigung der begrenzten Mittel dieser Staaten von der zwingenderen und produktiveren Aufgabe des wirtschaftlichen und sozialen Aufbaus erfordern, und da sie in einer für ihre Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit gefährlichen Weise tiefer in die Rivalitäten der Mächteblocks hineinziehen könnten, wodurch die internationalen Spannungen vergrößert würden;

ist besorgt über jüngere Entwicklungen, die auf eine Ausdehnung des Wettrüstens auf die Region des Indischen Ozeans hindeuten und damit eine ernste Gefahr für die Aufrechterhaltung solcher Bedingungen in der Region darstellen;

ist überzeugt, daß die Schaffung einer Friedenszone im Indischen Ozean dazu beitragen würde, solche Entwicklungen aufzuhalten, die internationalen Spannungen zu mildern und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu festigen;

ist ferner überzeugt, daß die Schaffung einer Friedenszone in einem weiten geographischen Bereich einer Region einen wohlthuenden Einfluß auf die Schaffung eines dauernden universellen Friedens auf der Grundlage gleicher Rechte und der Gerechtigkeit für alle und im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen ausüben könnte, und

1. erklärt feierlich, daß der Indische Ozean innerhalb von noch festzulegenden Grenzen, einschließlich des Luftraums über ihm und des unter ihm liegenden Meeresbodens, hiermit für alle Zeiten als Friedenszone gekennzeichnet wird;

2. ruft die großen Mächte auf, in Übereinstimmung mit dieser Deklaration sofort in Konsultationen mit den Küstenstaaten des Indischen Ozeans einzutreten mit dem Ziele,

a) die weitere Eskalation und Expansion ihrer militärischen Macht im Indischen Ozean aufzuhalten;

b) aus dem Indischen Ozean alle Stützpunkte, militärischen Anlagen, logistischen Versorgungseinrichtungen, Planungen für Kernwaffen und andere Massenvernichtungswaffen sowie jede Manifestation einer im Zusammenhang mit der Rivalität zwischen Großmächten konzipierten militärischen Großmacht-Präsenz im Indischen Ozean zu entfernen;

3. ruft die an der Küste und im Hinterland des Indischen Ozeans gelegenen Staaten, die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats und andere bedeutende seefahrende Benutzer des Indischen Ozeans auf, in Verfolgung des Zieles der Errichtung eines Systems universeller kollektiver Sicherheit ohne Militärbündnisse und der Festigung der internationalen Sicherheit durch regionale und sonstige Zusammenarbeit in Konsultationen einzutreten mit dem Ziele der

Verwirklichung dieser Deklaration sowie von Maßnahmen, die erforderlich sein könnten, um zu gewährleisten, daß

- a) Kriegsschiffe und Militärflugzeuge den Indischen Ozean zu keiner in Zuwiderhandlung zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen ausgeführten Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die Souveränität, territoriale Integrität oder Unabhängigkeit irgendeines an der Küste oder im Hinterland des Indischen Ozeans gelegenen Staates benutzen dürfen;
- b) vorbehaltlich des Vorstehenden sowie der Normen und Prinzipien des Völkerrechts das Recht auf freie und unbehinderte Benutzung der Zone durch die Schiffe aller Nationen unangetastet bleibt;
- c) geeignete Vorkehrungen getroffen werden, um jeglichem internationalen Abkommen Wirkung zu verleihen, das schließlich für die Bewahrung des Indischen Ozeans als Friedenszone erzielt werden mag;

4. ersucht den Generalsekretär, der Vollversammlung während ihrer 27. Tagung über die Fortschritte zu berichten, die im Hinblick auf die Verwirklichung dieser Deklaration gemacht wurden;

5. beschließt, den Punkt "Erklärung des Indischen Ozeans zu einer Friedenszone" in die provisorische Tagesordnung ihrer 27. Tagung aufzunehmen.

Quelle: Europa-Archiv, Folge 7/1972, S. D 170-172

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Oskar Weggel, "China und das neue Seerecht: von der res nullius zur res communis", C.a. Oktober 1974, S.606-618)
- 2) PRu 1972, Nr.3, S.16 f.
- 3) PRu 1977, Nr.29, S.5
- 4) PRu 1975, Nr.33, S.21 f.
- 5) NCNA, 11.11.74
- 6) PRu 1977, Nr.28, S.25
- 7) Ebenda, S.26
- 8) PRu 1977, Nr.13, S.19 und PRu, Nr.24, S.34
- 9) PRu 1977, Nr.24, S.32 ff.
- 10) NCNA, 7.6.73
- 11) NCNA, 16.8.77
- 12) C.a. Juli 1977, Ü 6
- 13) Weitere Einzelheiten in Oskar Weggel, "Hat China Chancen in Ägypten", C.a. Juli 1972, S.21
- 14) NCNA, 30.5.77
- 15) Näheres C.a. Juli 1977, Ü 7
- 16) JMJP, 6.6.77
- 17) Radio Moskau, 13.6.77
- 18) PRu 1977, Nr.14, S.23
- 19) C.a. Februar 1976, Ü 15
- 20) NCNA, 25.1.76
- 21) Näheres Oskar Weggel, "China und der Zairekonflikt", C.a. Juni 1977, S.347 ff.
- 22) Näheres Oskar Weggel, "Zur Lage im Indischen Ozean: Peking und die Pläne um Diego Garcia", C.a. Mai 1974, S.240-248
- 23) Ebenda, S.246
- 24) NCNA, 17.4.74
- 25) Übersicht von Erhard Haubold, FAZ, 10.5.77
- 26) Näheres Oskar Weggel, "China und Südostasien nach dem Waffenstillstand in Vietnam", Folge 6: Singapore, in C.a. 1973, S.366 ff.
- 27) PRu 1972, Nr.11, S.20 f.

28) FEER, 3.1.75, S.28

29) Ebenda, S.29

30) NCNA, 11.11.74

31) Näheres C.a. Januar 1974, Ü 17

32) Das ganze Gespräch ist abgedruckt in "Chinese Law and Government", Fall 1969, Vol.II/3, IASP/Serie, S.33-37 (36 f.)

33) Näheres C.a. November 1973, S.712

34) Näheres C.a. Mai 1973, Ü 36

35) PRu 1977, Nr.29, S.5

36) PRu 1977, Nr.7, S.30

37) FEER, 30.10.71, S.19

38) Näheres FEER, 15.7.77, S.56 ff.